Nummer 208 – 19. Jahrgang

Montag, den 10. September 1923

Oberschlesische Zeitung

Das Volksblatt für Stadt und Land

Einzelnummer 200000 M

Erscheint werktags. Bezugspreis: Ausgabe A mit illustrierter Beilage wöchentlich 1200000 Mark, Ausgabe B ohne illustrierter Beilage wöchentlich 1000000 Mark. Anzeigenpreisgebühr: Lokalanzeigen: Die 10spaltige Millimeterzeile oder deren Raum 100000 Mark. Oberschlesien 130000 Mark.

Redaktions-Fernruf Beuthen 459

Pro fide et patria

Geschäftsstellen-Fernruf Beuthen 56

Außerhalb Oberschlesiens und amtliche Anzeigen 200000 Mark. Reklamezeile Oberschlesien mm 400000 Mark. Außerhalb Oberschlesiens mm 500000 Mark

Redaktion und Geschäftsstelle Beuthen O.-S., Piekarerstraße 9.

Bayern macht Front gegen die neuen Steuergesetze und gegen die zu weit gehenden Befugnisse des Reichsfinanzministers.

Neueste Nachrichten.

Der österreichische Bundeskanzler Seipel wird den seit langem geplanten Besuch in Warschau in der Zeit vom 15. bis 20. September abstatten.

Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbankanstalten findet vom 10. September 1923 ab bis auf weiteres zum 2 400 000 fachen Betrage des Nennwertes statt.

Das französische Kriegsgericht hat heute den deutschen Studenten Raab nach fünfstündiger Verhandlung zum Tode verurteilt. Die Verteidigung hat gegen das Urteil Revision eingelegt.

Die „Bottroper Volkszeitung" und die „Rheinisch-Nassauische Landeszeitung" wurden von der Besetzungsbehörde bis zum 30. Novbr. verboten.

Der ehemalige deutsche Reichskanzler Dr. Wirth und Abgeordnete Haas sind von Moskau nach Berlin abgereist.

Zentrumsanträge im Hauptausschuß.

Die Verankerung des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete bezweckt ein Antrag, der von den Abgeordneten von Guerard und Dr. Schreiber (Ztr.) im Hauptausschuß des Reichstages eingebracht worden ist. Dieser Antrag lautet: „Der Ausschuß wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, einen Nachtragshaushal bettreffend Aufbau des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete" mit Beschleunigung vorzulegen. Der bisherige Zustand war derart, daß der Reichsminister selber kraft seiner Stellung im Kabinett etatsmäßig, also in unangreifbarer Position, auch nach der wirtschaftlichen Seite hin bestellt war. Dagegen schwebte das ganze Reichsministerium für die besetzten Gebiete förmlich in der Luft. Der Reichsminister ist genötigt, sich die erforderlichen Beamten aus den übrigen Ministerien zu beschaffen, da es eine etatsmäßige Stelle für dieses Ministerium bisher nicht gab. Dieser Zustand ist untragbar angesichts der außerordentlich bedeutenden Aufgaben, die dieses Ministerium jetzt und in nächster Zeit zu erfüllen hat.

Abhilfe der Not der Schul- und Bildungsanstalten bezweckt ein weiterer Antrag, den die Zentrumsabgeordneten Dr. Schreiber, von Guerard und Frau Teusch mit Unterstützung der Zentrumsfraktion im Hauptausschuß des Reichstages eingebracht haben. Der Antrag lautet: „Der Ausschuß wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die Vorschüsse aus § 61 des Finanzausgleichsgesetzes zur Unterstützung von Anstalten des Schul- und Bildungswesens mindestens in der Höhe der Summe zu gewähren, die an die Anstalten und Einrichtungen, welche die Ausgaben der öffentlichen Wohlfahrtspflege erfüllen, ausgeschüttet sind." Bei der neuerdings wieder katastrophalen Senkung des Markkurses ist die Not der kulturellen Anstalten im Deutschen Reiche wieder ungeheuer geworden. Der Antrag bezweckt, entsprechende Mittel bereitzustellen, die das wichtige Schul- und Bildungswesen im Deutschen Reiche nicht gänzlich verkümmern lassen. Diese Mittel werden nach Lage der Dinge sehr erheblich sein müssen. Die für die Kulturbedürfnisse des Reiches auf Grund der Zentrumsanträge bisher bereitgestellte Summe beläuft sich auf 500 Milliarden Papiermark. Dieser Betrag ist in der letzten Reichstagstagung durch Antrag des Zentrums erreicht worden. Ein neuerlicher Antrag will diese Summe auf eine Billion erhöhen, doch muß man sich nach dem neuen Währungszusammenbruch klar darüber sein, daß mit dieser Summe noch nicht diejenigen Bedürfnisse befriedigt werden können, die mit den ursprünglich angesetzten Beträgen zur Not noch hätten erfüllt werden können.

Die beiden Anträge sind im Hauptausschuß bereits angenommen worden.

München, 10. Sept. Der Korrespondenz Hoffmann zufolge trat die bayerische Regierung mit den Führern der Koalitionsparteien des bayerischen Landtages in Verbindung bezüglich der neuen Reichssteuern, ihre Gestaltung und Auswirkung. Bei diesen Besprechungen wurden eine Reihe Anregungen gegeben, die hinsichtlich der Durchführung und Weitergestaltung der Steuern unverzüglich an die Reichsregierung zu bringen sind. Die bayerische Regierung erklärt sich bereit, diese Anregungen in Berlin mit allem Nachdruck im Interesse der deutschen Wirtschaft zu vertreten. U. a. soll verlangt werden: Unverzügliche Prüfung, ob die neuen Steuern für alle Teile der Wirtschaft gleichmäßig tragbar sind. Soweit eine Gefährdung einzelner Berufskreise nachweisbar gegeben ist, muß eine entsprechende Aenderung und Abänderung der Steuern herbeigeführt werden. Die weitgehenden Befugnisse des Reichsfinanzministers sind auf das notwendigste Maß zurückzuschrauben. Dem Reichsrat muß künftighin bei der Beratung und vor der Verabschiedung so tief einschneidender Steuergesetze das verfassungsmäßige Recht der Mitberatung unverkürzt zugestanden werden. Das Wielerlei aller möglichen Reichssteuern muß aufhören. An die Stelle des Wielerlei sind einige große Steuern zu setzen. Die Länder und Gemeinden müssen, sobald als möglich durch die Ueberlassung der Einkommensteuer finanziell selbständig gemacht werden.

Heute fällt die Entscheidung über das Währungsproblem.

Die Montagspost betont, daß alle Gerüchte, die von einer Entscheidung des Kabinetts über das Währungsproblem etwas wissen wollen, den Ereignissen vorauseilen. Es sei anzunehmen, daß die grundsätzliche Entscheidung in der für Montag abend in Aussicht genommenen Kabinettssitzung fallen werde.

Die Industrie soll den Ruhrkampf finanzieren.

Ein Vorschlag der K. Z.

Köln, 9. September. In einem Artikel mit der Ueberschrift „Neuer Kurs", „ein Gebot der Stunde" fordert die Kölnische Zeitung im Handelsteile auf, daß die Regierung gründlich die Frage prüfe, ob die Industrie nicht allein in der Lage sei, auf Grund der angesammelten Devisenbestände den Abwehrkampf an der Ruhr zu finanzieren, da der Staat unfähig sei, die gesamten riesigen Ausgaben dafür zu tragen, daneben hätten auch die Banken und ebenso bis zu einem gewissen Grade der Handel einen Anteil an den unbedingt notwendigen Opfern aufzubringen. In Verbindung damit müsse schließlich die Bevölkerung, Arbeiter, Angestellte und Beamte, die Durchhaltung des Ruhrunternehmens erleichtern. Es sei zu erwägen, ob das Reich nicht von den Vollbeschäftigten einen Bruchteil ihrer Bezüge in der Form einer Rhein- und Ruhrsteuer beanspruchen sollte. Schließlich fordert der Artikel eine Leistung von der Mehrarbeit bei gleichbleibender, wenn nötig, sogar bei verminderter Entlohnung, um dadurch eine aktive Handelsbilanz zu erzielen, die alsdann jede Notwährung überflüssig machen würde.

Das Ende der Mark.

Von unserem wirtschaftspolitischen Mitarbeiter.

Die Markwährung ist rettungslos dahin! Jeder Versuch, sie noch zu „stützen", werden dem Reiche und der Allgemeinheit nur noch Mittel kosten, deren Aufwendung sich nicht mehr rechtfertigen läßt.

Eine neue Währung ist in Sicht. In all diesen Fragen haben die letzten Entwicklungen auf dem Devisenmarkt, die den Dollar in einigen Tagen von zehn Millionen auf nahezu achtzig Millionen springen ließen, Pläne und Entwürfe förmlich innerhalb von Stunden über den Haufen geworfen. Der ursprüngliche Plan einer Roggenwährung ist nicht mehr durchführbar geworden in dem Augenblick, in dem die rasende Entwertung zeigte, daß die Roggenbasis für den Neuaufbau einer Währung zu schmal sei. Jetzt muß eine Verbindung des Roggenplanes mit dem Plan der Schaffung einer Goldwährung, und zwar als endgültiger Währung zuwege gebracht werden.

Das sind Entscheidungen, die nicht von heute auf morgen, gefaßt oder in die Tat umgesetzt werden können, aber rasche Entschlüsse sind notwendig. Dringend erforderlich ist, daß sofort ein wertbeständiges Zahlungsmittel geschaffen wird, das die Ablösung der Papiermark, die ja schon in Gefahr ist, überhaupt nicht mehr als Zahlungsmittel entgegengenommen zu werden, vollzieht. Sobald die neue Währung auf der Grundlage einer zwar von der privaten Wirtschaft bereitzustellenden, aber unter dem Aufsichtsrecht des Reiches stehenden Goldnotenbank geschaffen sein wird, muß die Einlösung des umlaufenden Papiergeldes nach einem bestimmten Kurs in Umtausch gegen die neuen Noten vorgenommen werden. Für eine Uebergangszeit wird die Papierwährung noch bestehen bleiben müssen. In der Zwischenzeit aber muß sich der ganze Staatshaushalt auf die neue Währung einstellen, und auch die Einnahmen des Staates, vor allem auch die Steuern müssen in dieser neuen Währung basiert werden. Würde der Fonds der neuen Währung so groß sein, daß sich sofort ein bestimmter Einlösungskurs festsetzen ließ, dann würden wir mit einem Schlage die Stabilität dieser Mark erreicht haben, denn zu einer niedrigeren oder höheren Einschätzung dieser Mark läge ja dann keine Veranlassung vor. Daß schleunige Eingriffe notwendig sind, ergibt sich darauf, daß wir heute schon mehr als ein und eine halbe Billiarde oder Trillion schwebende Reichsschulden haben, und daß bei einem im Freiverkehr des verhängnisvollen Donnerstag erzielten Dollarkurs von achtzig Millionen Mark nicht weniger als zwanzig Millionen Papiermark für eine einzige Friedensmark aufzuwenden waren. Die Papierwährung als Wertmaßstab ist damit endgültig abgetan, und jetzt kommt es nur darauf an, daß es gelingt, unverzüglich ein wertbeständiges Geld zu schaffen, das überall als Gegenwert in Zahlung genommen werden kann. Nur auf diese Weise verhüten wir einen völligen Zusammenbruch unserer Geldverhältnisse, die heute schon bedenkliche Anzeichen der schwersten Katastrophe erkennen lassen, der Katastrophe nämlich des Verhungerns als Folge der Unmöglichkeit der Beschaffung von Nahrungsmitteln, gewissermaßen also das buchstäbliche Ersticken des Volkes im Papiermeer. Was sich daraus für Folgen politischer Natur ergeben können, liegt für jeden, der mit den Dingen vertraut ist, offen zutage.

Wo bleibt Oberschlesien?

Steuer-Erleichterungen für das Handwerk in München.

In der am 4. September abgehaltenen Protestversammlung des Münchener Handwerks und Gewerbes gegen die neue Steuergesetzgebung wurde eine Kommission bestellt mit dem Auftrag, bei der bayerischen Regierung vorstellig zu werden und die in der Versammlung beschlossene Entschließung mündlich zu vertreten. Die Abordnung wurde am 5. September von Handelsminister v. Meinel in Gegenwart der zuständigen Referenten des Handelsministeriums und eines Vertreters des Landesfinanzamtes München empfangen. Die Aussprache, in der von der Regierung anerkannt wurde, daß der buchstäbliche Vollzug der neuen Steuergesetzgebung zu außerordentlich großen Härten und Ueberlastungen gewerblicher Betriebe führen würde, hatte das Ergebnis, daß beim Vollzug der Steuergesetze nachfolgende Erleichterungen eintreten sollen:

Von der Einhebung des 400prozentigen Steuerzuschlages werden die Finanzämter auf Antrag absehen, wenn es dem Steuerpflichtigen tatsächlich unmöglich ist, die Fristen einzuhalten; in solchen Fällen wird es bei der für Steuerrückstände festgesetzten regelmäßigen Verzinsung sein Bewenden haben.

Die Finanzämter werden ferner mit Rücksicht auf die Uebergangsschwierigkeiten und die Kürze der Termine von der Erhebung der Zuschläge absehen, wenn der Steuerbetrag spätestens am letzten Tage der Einzahlungsfrist für die Steuerkasse bei einer Bank oder Post einbezahlt oder zur Ueberweisung angewiesen worden ist.

Solange es unmöglich ist, von den Postämtern Steuermarken zu erhalten, soll es genügen, wenn die vom Arbeitslohn einbehaltene Steuer beim Finanzamt gegen Quittung bar einbezahlt oder diesem überwiesen wird. In einem solchen Fall hat der Arbeitgeber dem Finanzamt die Namen der Arbeitnehmer mit den einbehaltenen Beträgen schriftlich aufzuführen und im Steuerbuch des Arbeitnehmers die erfolgte Abführung des Steuerbetrages zu bescheinigen.

In Oberschlesien hören wir dagegen nur von einer rücksichtslosen Durchführung der Steuergesetze. Vor der Abstimmung hieß es anders.

England im Schlepptau Frankreichs.

London, 9. Septbr. Garvin schreibt heute im „Observer" über das Fiasko von Genf: Die historische Freundschaft zwischen England und Italien erhielt einen solchen Schlag, daß es lange dauern werde, bis sie sich davon erholt. Die diplomatische Grundlage der neuen britischen Politik mit Bezug auf das Ruhrgebiet wurde zerstört. Rom sei gezwungen, Paris mehr Unterstützung in der Ruhrfrage zu geben im Austausch gegen die Unterstützung, die Paris Rom in der italienisch-griechischen Frage zuteil werden läßt.

Der Vatikan ist nicht gleichgültig.

In vatikanischen Kreisen steht man dem griechisch-italienischen Konflikt durchaus nicht gleichgültig gegenüber. Doch hat der Vatikan nicht die Absicht, direkt oder indirekt in den Konflikt einzugreifen. Das Vorgehen Italiens wird von ihm als eine Maßnahme der Sicherheit betrachtet. Er hofft, daß Griechenland sein Unrecht einsieht, und Italien die geforderte Reparationssumme bezahlt. Da Griechenland beim Vatikan keine diplomatische Vertretung unterhält, kann der Vatikan auch keine direkte Aktion der Beruhigung unternehmen. Die diplomatischen und religiösen Vertreter des Vatikans auf dem Balkan sind angewiesen worden, innerhalb ihres Wirkungskreises alles zu tun, um den Frieden aufrechtzuerhalten.